

12. 09. 75

Sachgebiet 424

Berichtigung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts — Drucksache 7/3939 —

In der Anlage 2 der Drucksache 7/3939 ist die Stellungnahme des Bundesrates um folgenden Absatz zu ergänzen:

„Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob durch den vorliegenden Gesetzentwurf die Belastungsgrenze der gebührenleistenden Wirtschaft nicht bei verschiedenen Gebührenpositionen

überschritten und damit das Gesamtinteresse an einer möglichst leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft angesichts der internationalen Konkurrenz auf den Weltmärkten berührt wird. In diese Überlegungen sollte die aus der Schaffung des Europäischen Patentamts und der Harmonisierung des Patentwesens in der EG sich ergebende Entwicklung für die Kostengestaltung einbezogen werden.“